

## **Amt der Stadtverordnetenversammlung**

Rathaus  
Schlossplatz 6  
65183 Wiesbaden

23.04.2020

### **Offener Brief an die Stadtverordneten und den Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden**

Sehr geehrte Stadtverordnetenversammlung, sehr geehrter Herr OB Mende,

wir wenden uns heute gemeinsam an Sie mit einem uns dringlichen Anliegen. Im Dezember 2018 hat sich die Stadt Wiesbaden zum „Sicheren Hafen“ erklärt und zugesichert, Geflüchtete aus der Seenotrettung im Mittelmeer direkt aufzunehmen sowie die dafür notwendigen Schritte einzuleiten. Diese Entscheidung begrüßen wir ausdrücklich.

Insbesondere im Zuge der gegenwärtigen Corona-Pandemie spitzt sich die humanitäre Krisenlage in den Flüchtlingslagern (insb. in Griechenland) erheblich zu. Eine Evakuierung und Aufnahme von Geflüchteten ist notwendiger denn je, schnelle Entscheidungen können jetzt Leben retten.

Die Stadt Wiesbaden ist aktuell, laut Aussage von Sozial- und Integrationsdezernent Christoph Manjura, gut auf die Aufnahme von wenigstens 1170 Geflüchteten vorbereitet. Manjura ergänzt, dass die Stadt weiterhin zu ihren Zusagen von 2018 stehe. (vgl. [https://www.wiesbadener-kurier.de/lokales/wiesbaden/nachrichten-wiesbaden/fluchtlinge-die-stadt-wiesbaden-ist-vorbereitet\\_21389116](https://www.wiesbadener-kurier.de/lokales/wiesbaden/nachrichten-wiesbaden/fluchtlinge-die-stadt-wiesbaden-ist-vorbereitet_21389116))

Im Gegensatz zu Köln, Düsseldorf, Potsdam, Hannover, Freiburg, Rottenburg am Neckar und Frankfurt an der Oder hat sich die Stadt Wiesbaden allerdings nicht dem Appell an die Bundesregierung und der Bereitschaftserklärung zur Aufnahme von Geflüchteten von den griechischen Inseln angeschlossen. Wenn Manjura betont, es müsse eine Lösung für diese humanitäre Notlage auf Bundes- und EU-Ebene gefunden werden, wird sich der Verantwortung, selbst aktiv zu werden, entzogen.

Deswegen fordern wir die Stadtverordnetenversammlung und den Oberbürgermeister von Wiesbaden zum Handeln auf:

Nutzen Sie ihr politisches Mandat, um Druck auf Bundes- und EU-Ebene auszuüben, damit die humanitäre Katastrophe zumindest etwas abgemildert werden kann.

Lösen Sie ihr formales Versprechen, die Stadt zu einem „sicheren Hafen“ zu machen, auch praktisch ein; wenden Sie sich aktiv an die Bundesregierung mit der Zusage, so viele Geflüchtete wie derzeit möglich aus den betroffenen Gebieten aufzunehmen. Hierbei sollte sich nicht ausschließlich auf Kinder konzentriert werden, sondern gerade auch auf die

Risikogruppen, denen unter den Bedingungen in den griechischen Lagern keinerlei Schutz vor Corona geboten werden kann. Setzen Sie sich außerdem für eine langfristige Bleibeperspektive für die Geflüchteten ein.

Wir sind zudem der Meinung, dass jetzt auch die Zeit ist, schnelle und konkrete Hilfe für die von der Krisenlage besonders hart getroffenen Stadtbewohner\*innen zu leisten. So halten wir etwa

auch für die bereits in Wiesbaden lebenden Geflüchteten eine Unterbringung und Versorgung, die den Infektionsschutzmaßnahmen gemäß ist, für unerlässlich. Dies gilt ebenso für andere marginalisierte Gruppen, denen eine solche Unterbringung derzeit fehlt und deren Gesundheit erheblich gefährdet ist, wie Obdachlose, Drogenabhängige oder Prostituierte, die z.B. temporär in Hotelzimmern und leerstehenden Gebäuden sicher untergebracht werden könnten.

Ein sicherer Hafen ist nur der, in dem auch Boote anlegen dürfen und Menschen Sicherheit geboten wird. Zuhause bleiben kann nur, wer auch eines hat. Infektionsschutz und menschenwürdige Unterbringung stehen auch oder gerade in Zeiten einer weltweiten Krise allen Menschen gleichermaßen zu.

#### **Erstunterzeichner\*innen:**

Jugendinitiative Spiegelbild

Hendrik Harteman (Leiter der Jugendinitiative Spiegelbild)

Kreativfabrik Wiesbaden e.V.

Flüchtlingsrat Wiesbaden

Dr. Michael Wilk

Elisabeth Kula

Refugees Welcome to Rheingau

Anarchistisches Kollektiv Wiesbaden

Infoladen

Arbeitskreis Umwelt Wiesbaden

Amnesty International Sektion BRD e.V. Gruppe 1541

Ralf Dreis (Freie ArbeiterInnen Union)

Rückenwind in Wiesbaden

Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit

Bündnis gegen Rechts Wiesbaden

Sascha Schmidt (Vorstand DGB Kreisverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus)

Kritische Intervention Wiesbaden